



Landratsamt Neu-Ulm · Kantstraße 8 · 89231 Neu-Ulm

Freundeskreis Asyl für einander
Elchinger Bürger Hilfe e.V.
Frau Dr. Birgit Möller
Ravensteinerweg 4

89275 Elchingen

Herrn Bürgermeister
Joachim Eisenkolb
Gemeinde Elchingen
Pfarrgäßle 2

89275 Elchingen

13.10.2015

Sehr geehrte Frau Dr. Möller, werte Mitunterzeichner/innen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Eisenkolb,

für Ihren Brief danke ich Ihnen ebenso wie für die darin zum Ausdruck kommende Offenheit und Konstruktivität, die bislang schon unsere Begegnungen geprägt hat. Aufgrund eines internen Weiterleitungsfehlers kann ich leider erst heute antworten. Dafür bitte ich Sie um Entschuldigung. Fehler sollten nie passieren, sind aber menschlich und können daher leider auch in meinem Büro einmal vorkommen. Ich hoffe auf Ihr Verständnis!

Kurz zur aktuellen Lage: Wie Sie meinen öffentlichen Äußerungen der letzten Tage sicherlich entnehmen konnten, befinden wir uns weiterhin in einer akuten Not- und Krisensituation. Für das Landratsamt besteht diese darin, dass wir derzeit ca. 50 Personen pro Woche unterbringen müssen. Dies bereitet uns enorme Schwierigkeiten, zumal wir aufgrund des Fehlens jeglicher Prognosen keinerlei gesicherte Planungsvariablen haben. Ein Grundproblem der Aufgabe, der wir uns derzeit zu stellen haben, ist, dass wir weder deren zahlenmäßige Dimension noch deren Dauer ermessen können – eine für uns sehr schwierige und auch persönlich belastende Situation. Wenn also davon die Rede ist, dass „wir“ „das“ schaffen, wäre interessant, ermessen zu können, was „das“ eigentlich ist. Wenn ich Sie richtig verstehe, treibt Sie die gleiche Frage um. Auch das „wir“ ist bemerkenswert, besteht dieses doch immer noch vorwiegend aus den zuständigen Ämtern und den vielen Ehrenamtlichen, die aber alle auch Grenzen der Belastbarkeit haben. Ich würde mich freuen, wenn man dies endlich zur Kenntnis nehmen würde. Das Landratsamt betreibt seit vielen Monaten ein reines Tagesgeschäft und versucht, seiner humanitären Verantwortung dadurch gerecht zu werden, dass es den Menschen, die zugewiesen werden, schlicht und ergreifend ein Dach über dem Kopf verschafft. Dass wir hierzu zu unserem großen Bedauern seit Juni auch Turnhallen (derzeit sechs für die dezentrale Unterbringung, zeitweise drei für die Noterstaufnahme) heranziehen müssen, dürfte Ihnen bekannt sein.

Landratsamt
Kantstraße 8
89231 Neu-Ulm

Postfach 26 07
89216 Neu-Ulm

Telefon 07 31.70 40-100
Telefax 07 31.70 40-106
landrat@lra.neu-ulm.de

Die von Ihnen genannten Zahlen stimmen. Weiterhin erwähnen Sie zu Recht, dass das Landratsamt beabsichtigt, in Unterechingen ein Gebäude anzumieten, in dem rund weitere 60 Asylsuchende untergebracht werden können. Dass dies Sie und die gesamte Gemeinde vor weitere Herausforderungen stellt, ist unbestritten. Ihre Bereitschaft, sich auch dieser Aufgabe anzunehmen, verdient höchste Anerkennung. Ich nehme dies gerne zum Anlass, Ihnen zum wiederholten Male für alles zu danken, was Sie bislang geleistet haben und leisten. Wenn Menschlichkeit im Landkreis Neu-Ulm Gesicht zeigt, dann bei Ihnen und in den vielen anderen Helferkreisen, die zwischenzeitlich landkreisweit entstanden sind.

Sie sprechen aus völlig nachvollziehbaren Gründen die ungleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf die Landkreiskommunen an. Dieses Thema treibt mich seit langer Zeit um. Beispielsweise habe ich vor Monaten ein Schreiben mit der Forderung nach einer Kommunalquote an Frau Staatsministerin Müller sowie die Vertreter aller kommunalen Spitzenverbände geschickt. Außer von Herrn Landrat Bernreiter, dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, hat es auf mein Schreiben übrigens keinerlei Reaktionen gegeben. Herr Bürgermeister Eisenkolb, ich darf Sie freundlich, aber nachdrücklich bitten, sich innerhalb des Bayerischen Gemeindetages dafür einzusetzen, dass die bayerischen Landratsämter endlich eine Handhabe für eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden auf die Kommunen bekommen. Dem Vernehmen nach ist es der Gemeindegtag, der bislang sämtliche Vorschläge für eine Kommunalquote verworfen hat. Ich sehe mich hier gezwungen, nochmals sehr klar und deutlich auf die Zuständigkeiten hinzuweisen. Es ist leider so, dass die Landratsämter mit dem Problem völlig allein gelassen werden, vor Ort dann aber - wie Ihrerseits geschehen - für das Problem verantwortlich gemacht werden, was ich deutlich zurückweisen muss. Aufgrund der oben geschilderten Notsituation und der in Bayern praktizierten Verteilung nur bis auf die Ebene der Landratsämter, ohne dass die Kommunen dabei in die Pflicht genommen werden können, bleibt uns überhaupt nichts anderes übrig, als die Objekte anzumieten, die wir erhalten können. Die Alternative ist die weitere Belegung von Turnhallen. Dies ist die humanitär schlechteste und teuerste Lösung. Die weitere Belegung von Turnhallen ist deshalb und aufgrund der massiven Eingriffe in den Schul- und Vereinssport keine von uns bevorzugte Lösung, zumal auch sie vor Ort zu den gleichen nachvollziehbaren Reaktionen führt wie die, welche Sie nun verständlicherweise zeigen.

Da ich immer skeptischer werde, dass der Gesetzgeber – zuständig für die gesetzliche Regelung einer gerechten Verteilung ist übrigens der Bayerische Landtag, an den Sie sich ruhig auch einmal wenden dürfen – zeitnah tätig wird, führe ich derzeit intensive Gespräche, welche Maßnahmen wir selbst ergreifen können, um uns einer Verteilungsgerechtigkeit anzunähern. Dies erscheint mir daher dringend geboten, da nach derzeitigem Stand die Kommunen, die schon die

Unterbringung zu tragen haben, später mit der Integration anerkannter Flüchtlinge und deren Familien vor weitere, riesige Aufgaben gestellt werden. Am Beispiel Elchingens lässt sich dies ja bereits heute sehr gut erkennen. Wir erstellen derzeit einen Maßnahmenkatalog, den ich dann mit Herrn Oberbürgermeister Noerenberg und Herrn Bürgermeister Walz, der Kreis- und Bezirksvorsitzender des Bayerischen Gemeindestages ist, besprechen werde. Ich rechne damit, dass wir ein Konzept erarbeiten und dann auch öffentlich vorstellen werden, das zu keiner vollständigen, aber zu einer verbesserten Verteilungsgerechtigkeit führt. Erlauben Sie mir auch den Hinweis, dass ich im Rahmen eines Kommunalgipfels bereits am 3. Juni 2015 die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Landkreiskommunen über die dramatische Lage und die riesigen Herausforderungen der Asylthematik zusammen mit Herrn Regierungspräsident Scheufele ausführlich und detailliert informiert habe. Herr Bürgermeister Eisenkolb hat an diesem Asyl-Gipfel teilgenommen und ist im Bilde. Meine für das Thema Bau zuständigen Mitarbeiter haben bei einem Folgetermin Vertreter und Zuständige unserer Städte und Gemeinden weiterhin darüber informiert, was Kommunen selbst für die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten tun können. Leider mussten wir feststellen, dass die Motivation der Kommunen zu eigenem Handeln im Sinne der interkommunalen Solidarität kaum Ergebnisse gezeitigt hat, obwohl sie damit die Unterbringung bei sich zumindest teilweise steuern könnten.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir Ihr Anliegen ebenso wie Ihre Befürchtungen sehr ernst nehmen, da sie inhaltlich völlig richtig und nachvollziehbar sind. Versichern kann ich Ihnen weiterhin, dass die besondere Lage Untereichingens wie einiger anderer Orte, an denen überproportional viele Menschen auf der Flucht eine Bleibe gefunden haben, bei den Überlegungen für landkreisinterne Maßnahmen eine entscheidende Rolle spielen werden. Nachdem Sie zu Recht auf die Belastungsgrenze Untereichingens hinweisen, habe ich intern veranlasst, dass dort vorläufig keine weiteren Anmietungen für die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden erfolgen. „Vorläufig“ deshalb, da niemand wissen und ermessen kann, wie sich eine Krise weiterentwickelt. Ich sage Ihnen zu, dass weitere Schritte nur in Abstimmung mit der Gemeinde und dem Helferkreis erfolgen würden. Ich hoffe aber und gehe fest davon aus, dass diese nicht notwendig sein werden.

Gerne beziehe ich auch zu dem von Ihnen angesprochenen sozialen Frieden Stellung. Die Aussage einiger Bürger, das Landratsamt würde dort Asylsuchende unterbringen, wo es besonders aktive Helferkreise gibt, ist abstrus und falsch, vielleicht sogar eine bewusst gestreute Lüge. Wie geschildert, sind wir in der momentanen Krisenlage gezwungen, alle Objekte anzumieten, die wir zur Verfügung gestellt bekommen. Richtig ist, dass gerade eine gerechtere Verteilung den sozialen Frieden stabilisiert. Für den sozialen Frieden sind aber letztlich wir alle, das heißt alle Bürgerinnen und Bürger, verantwortlich. Aus meiner Sicht

kommt es in den nächsten Wochen und Monaten vor allem darauf an, die Balance zu halten. Das, was für das ganze Land und den Landkreis gilt, gilt insbesondere auch für Unterelchingen: Wir müssen eine tragfähige Balance zwischen dem Willen zur humanitären Hilfe und der Fähigkeit dazu finden. Zudem gilt es, die Interessen und Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung wahrzunehmen und ausreichend zu berücksichtigen. Daher sollten soziale Maßnahmen prinzipiell nicht allein nur auf Flüchtlinge abzielen, sondern sich insgesamt an die Bevölkerung und damit insbesondere auch an sozial Schwächere richten. Wohnungsbau darf daher beispielsweise nicht nur für bleibeberechtigte Flüchtlinge betrieben werden, sondern muss auch heimischen Wohnungssuchenden dienen. Kernelement eines zivilen und sozial stabilen Zusammenlebens ist und bleibt aber eine klare Haltung und ein klares Bekenntnis zu unseren Grundrechten und zu den Grundwerten der Humanität, wie sie von Ihnen täglich gelebt werden. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen ist es wichtig zusammenzustehen, gerade auch gegenüber den Menschen, die versuchen, das Thema Asyl zum Anlass für die Verbreitung von Hass und Hetze zu instrumentalisieren. Sorgen, Ängste und Befürchtungen, die wir alle – auch ich – in schwierigen Zeiten, in denen die weitere Entwicklung ungewiss ist, haben, müssen ernst genommen werden. Sie bedingen einen ständigen, sachlichen und besonnenen Austausch sowie ein gemeinsames Nachdenken über richtige Wege und Entscheidungen. Ängste zum Vorwand zu nehmen, andere Menschen zu beschimpfen und zu verunglimpfen, ist und bleibt für mich nicht tolerabel. Damit ist im Übrigen auch keine der anstehenden Herausforderungen zu meistern. Bitte schrecken Sie in besonders extremen Fällen auch nicht davor zurück, die Polizei zu verständigen und Anzeige zu erstatten, wenn extreme Beleidigungen oder gar Bedrohungen ausgesprochen werden.

Ich hoffe, dass meine Ausführungen die derzeitige Aufgabenstellung und Lage beschreiben konnten. Ohne zu wissen, was auf uns zukommen wird, beobachte ich zumindest, dass das Thema „Asyl und Flucht“ wohl endlich auf der bundes- und europapolitischen Ebene angekommen ist. Es wird sich zeigen, ob die derzeit diskutierten Maßnahmen dazu dienen können, die grenzwertige Situation vor Ort und für die Landratsämter zu entspannen. Ansonsten tun meine Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und ich täglich, was wir können. Ich danke Ihnen nochmals für Ihr herausragendes Engagement, bitte Herrn Bürgermeister Eisenkolb, sich innerhalb des Gemeindetages für unsere gemeinsamen Ziele mit Nachdruck einzusetzen, und wünsche Ihnen für alle Aufgaben Erfolg und Kraft. Gerne können Sie auch die Bemühungen meines Hauses sowie mich unterstützen, indem Sie die Vertreterinnen und Vertreter der übergeordneten politischen Ebenen auf das aufmerksam machen, auf was es in nächster Zeit ankommen wird und was nicht vom Landratsamt geregelt und entschieden werden kann. Als Beispiele sind hier die gerechte kommunale Verteilung von Asylsuchenden, Planungsperspektiven, bessere Förderung der Asylsozialberatung etc. zu nennen. Es ist wichtiger denn

je, immer wieder auf die Lage vor Ort aufmerksam zu machen, nachdem die Thematik „Asyl und Flucht“ auf allen übergeordneten politischen Ebenen monate-, wenn nicht jahrelang unterschätzt oder sogar ignoriert worden ist.

Für Fragen, Anregungen und einen persönlichen Austausch stehe ich Ihnen wie in der Vergangenheit jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Freudenberger
Landrat

